



BÜNDNIS DER BÜRGERINITIATIVEN

KEIN FLUGHAFENAUSBAU - FÜR EIN NACHTFLUGVERBOT

Über 60 Initiativen im Rhein-Main-Gebiet



Mehr als 15000 demonstrieren in Mainz und Wiesbaden gegen Flughafenausbau und Fluglärm und für ein Nachtflugverbot von 22 bis 6 Uhr

Am gestrigen Samstag haben sich mehr als 15000 Bürger aus der ganzen Region versammelt, um in einem Demonstrationszug über die Landesgrenze hinweg gegen den Flughafenausbau, die damit verbundene immense Fluglärmbelastung und für ein Nachtflugverbot von 22 bis 6 Uhr zu demonstrieren. Die größte Demonstration seit Jahren - ein Zeichen, dass immer weniger Bürger bereit sind, kontinuierlich steigende Belastungen im Interesse großer Konzerne widerspruchslos hinzunehmen. Auf der anschließenden Kundgebung machten Redner deutlich, dass sie nicht eine „gerechte“ Verteilung des Fluglärms fordern, sondern eine Minimierung, die letztlich nur durch eine Begrenzung der Zahl der Flugbewegungen erreicht werden kann. Bürger aus der ganzen Region ziehen hierbei an einem Strang und lassen sich nicht auseinanderdividieren. Massive Kritik wurde an den Begleitumständen des Ausbaus geäußert, der von mehr der Luftfahrtwirtschaft als den Bürgern verpflichteten Regierenden rücksichtslos vorangetrieben wurde. Dabei stand für diese das Arbeitsplatzargument im Vordergrund. Verkennend, dass am Flughafen viele Arbeitsplätze entstehen, bei denen der Lohn zum Überleben kaum reicht. Betroffene müssen dagegen mit schweren gesundheitlichen Beeinträchtigungen wie Schlaganfall, Herzerkrankungen und Depressionen, aber auch Minderung ihrer beruflichen Leistungsfähigkeit rechnen – eine klare Verletzung ihres Grundrechts auf körperliche Unversehrtheit. Bedauerlicherweise gibt es selbst für empfindliche Einrichtungen kaum Schutz. Sie zitierten dabei auch den Nobelpreisträger Robert Koch, der schon 1910 prophezeit hatte: „„Eines Tages wird der Mensch den Lärm ebenso unerbittlich bekämpfen müssen, wie die Cholera und die Pest““.

Den Kampf gegen den Lärm werden die Bürgerinitiativen weiterhin führen. Und sie erwarten von den Regierenden, dass sie die Lärmprobleme endlich ernst nehmen und sich diesem Kampf gegen den Lärm anschließen.

Rückfragen an Berthold Fuld, Tel. 0178 2928928